

niedrigen Holzpreisen, ihre Erklärung insbesondere darin, daß 1) das Holz zum größten Theil als Brennholz verschlagen, 2) daß die Scheithölzer bis zum Jahre 1844 nach der Stadt geflößt und vom Flößplatze weg zu dem Preise von 2 Thlr. für das Fuder — ungefähr 1 Klafter jetzigen Maasses — an die Bürger abgegeben wurden, 3) daß die Stöcke um einen geringen Waldzins von 5 Ggr. 4 Pf. pr. Klafter und das Reißig um 3 Ggr. pr. Schock im Walde verkauft wurden und 4) daß die sogen. Deputathölzer an 212 Klaftern $\frac{7}{4}$ elligen Scheitholzes, 165 Klaftern Stöcke und 46 Schock Reißig, sowie die für die Gemeinde erforderlichen Bauhölzer gar nicht in Rechnung gebracht, sondern unentgeltlich abgegeben wurden. Hätte man alle diese Verhältnisse gehörig in Betracht gezogen und in Rechnung gestellt, so würde man schon damals zu einer weit höheren, der Wirklichkeit entsprechenderen Ziffer für den Ertrag der Waldungen gelangt sein. Man faßte aber nur die geringe baare Rente ins Auge, welche aus der Waldwirthschaft in die Stadtcasse floß und so entstand in den vierziger und fünfziger Jahren wiederholt die Idee, den Wald zu verkaufen, weil man sich von der zu verhoffenden Kaufsumme eine weit höhere Zinseneinnahme versprach, als die Rente von der eigenen Bewirthschaftung des Waldes. Auch mögen die damals schwebenden Prozesse wegen der auf dem Walde lastenden Hutungs- und Leseholzbesugnisse, die Ablösung dieser Servituten, sowie die wiederholt über die Stadt hereingebrochenen Nothstände ihren Antheil hierbei gehabt haben.

Im Jahre 1851 fragte der Stadtrath zum ersten Male bei dem k. Finanzministerium an, ob es nicht geneigt sei, den Rathswald zu kaufen. Das Ministerium erklärte sich hierauf auch nicht abgeneigt, auf den Ankauf der Stadtwaldungen einzugehen, wenn eine angemessene Preisforderung gestellt werde, und wenn der Stadtrath die auf dem Walde lastenden Oblasten und Beschwerden zunächst auf seine Kosten zur Ablösung bringe. Diese letzte, keineswegs schnell zu erfüllende Bedingung ließ damals von dem ganzen Project wieder absehen, ehe noch überhaupt ein Kaufpreis gefordert oder geboten worden war.

Die bald darauf folgenden Nothstandsjahre 1854 und 1855 brachten indeß den Verkauf der Waldungen abermals auf die Tagesordnung und es wurden in Folge schriftlicher, wie mündlicher Anträge aus der Mitte der Bürgerschaft zum zweiten Male Verhandlungen mit dem Finanzministerium eingeleitet, obschon sich in der Mitte des Rathes, wie der Stadtverordneten einzelne Stimmen erhoben, die gegen den Verkauf des Waldes waren.*)

*) Die hauptsächlichsten Gegner des Verkaufs der Waldungen waren die Stadträthe Gräfe und Bräuer, die Stadtverordneten Fleischer, Postmeister Reiche-Eisenstuck, Advocat Reiche-Eisenstuck, Hilscher.